

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 150

Stolp, Mittwoch, den 30. Juni 1926

50. Jahrgang

Frankreichs Nöte.

Sofortige Stabilisierung des Franken.

Die Regierungserklärung des Kabinetts Briand-Caillaux.

Am Dienstag wurde in der französischen Kammer sowie im Senat die Regierungserklärung des Kabinetts Briand-Caillaux verlesen. Sie beginnt mit einem Hinweis auf die Schwere der Lage und betont, daß nur energische Mittel helfen können. Daß noch keine genauen Angaben über das Sanierungsprogramm gemacht werden können, wird damit entschuldigt, daß der Finanzminister erst den Sachverständigenbericht abwarten will (über dessen Schlussfolgerung er allerdings schon mündlich unterrichtet worden ist).

Die Regierungserklärung verspricht dann, daß die Stabilisierung der Währung sofort versucht werden soll. Dabei wird aber nicht erwähnt, ob ausländische Kredite für die Stabilisierung ausgenutzt werden sollen.

Weiter kündigt die Regierungserklärung sehr energische Maßnahmen an, für deren Durchführung sich von der Kammer die „Mittel zur schnellsten Vorgehensweise“ verlangt, wobei jedoch der Ausdruck „Sondervollmachten“ sorgfältig vermieden worden ist. Hinsichtlich der

alkalierten Schulden wird versprochen, daß sich die Regierung auf das energischste mit ihrer endgültigen Lösung befassen und zu diesem Zweck die Verhandlungen mit London schnellstens wieder aufnehmen wird. Eine Stellungnahme zum Abkommen von Washington wird in der Regierungserklärung vermieden. Es wird lediglich gesagt, daß dem Parlament der Text des Abkommens zur Ratifikation und Diskussion unterbreitet wird.

Der politische Teil der Regierungserklärung, der von Briand selbst entworfen wurde, erklärt zunächst, daß die Friedenspolitik mit unerbittlicher Zurechtweisung fortgesetzt wird. Dann werden einige Worte dem Völkerbund gewidmet, die Marokko- und Syrienpolitik werden gestreift, und schließlich wird die Rückkehr zur Arrondissementwahl als wesentliche Programmforderungen des neuen Kabinetts Briand aufgestellt.

In der Kammer begann im Anschluß an die Regierungserklärung die Aussprache. Es waren hierzu im ganzen sechs Interpellationen eingebracht worden, und zwar vier — von den Abgeordneten Borel, Cachin, Accambray und General Girod — über die allgemeine Politik und die Zusammenfassung der Regierung, eine sozialistische Interpellation über die Finanzpolitik und eine radikale über die Demission des Gouverneurs der Bank von Frankreich, Robineau.

Der Freiheitskampf im Elsaß.

Paris, 29. Juni. Der „Temps“ meldet aus Straßburg, daß der elsäß-lothringische Beamtenbund angesichts der rigorosen Maßnahmen der französischen Regierung gegen den elsäßischen Heimatbund eine Entschliebung angenommen hat, in der gegen die Maßregelung derjenigen Beamten, die das Manifest des elsäßischen Heimatbundes unterzeichnet haben, energischer Protest erhoben wird. In dieser Entschliebung werden die Regierungsmaßnahmen als schwere Verletzung des staatsbürgerlichen Rechts der Beamten geachtet und ihre Rückgängigmachung gefordert. Die elsäßischen und lothringischen Parlamentariermitglieder werden angehalten, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um den elsäß-lothringischen Beamten ihre verfassungsmäßigen Rechte zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit der Aktion des elsäß-lothringischen Heimatbundes wird aus Paris gemeldet, daß der dortige akademische Disziplinarrat auf den Druck der französischen Regierung hin den Universitätsprofessor Kopp, der das Straßburger Manifest mit unterzeichnet hat, zur Verantwortung gezogen und ihm die weitere Ausübung seiner Lehrtätigkeit untersagt hat. Die Maßnahmen der Regierung gegen die unbehagliche Autonomie-Bewegung in Elsaß-Lothringen werden fortgesetzt. Mit allen Mitteln versucht man sich der Beamten, die sich an dem Manifest beteiligt haben, durch Terror und vom kaum gebrochene Disziplinarverfahren zu entledigen. So sollte gegen zwei führende Unterzeichner des Aufrufs des elsäß-lothringischen Heimatbundes, den Stadtbibliothekar von Haguenau und den Generalbeamten von Haguenau, auf Anordnung des Präfecten von Straßburg verhandelt werden, um festzustellen, ob ein Einschreiten nötig sei. Das Disziplinargericht hat sich jedoch geweigert, in die Verhandlungen einzutreten. Der Aufruf stelle eine politische Kundgebung dar, zu der jeder Staatsbürger Stellung nehmen könne, auch jeder Beamte. Die im Disziplinarrat vertretenen Beamten protestieren dagegen, daß man überhaupt wegen Unterzeichnung des Aufrufs Maßregelungen der beteiligten Beamten in Erwägung gezogen habe.

Attentatsplan gegen König Alfons?

Durch die Pariser Geheimpolizei vereitelt.

Nach einer Meldung des „Intransigeant“ ist es der Pariser Geheimpolizei gelungen, im letzten Augenblick ein Attentat auf den König von Spanien zu vereiteln. Fünfzehn spanische Anarchisten, die sich in Paris aufhalten, hatten von Spanien her den Auftrag erhalten, ein Attentat auf den König zu verüben, wozu ihnen reichliche Geldsummen überwiesen worden waren. Die Pariser Geheimpolizei bekam rechtzeitig Kenntnis von den Vorbereitungen der Anarchisten und konnte sie unschädlich machen. Alle fünfzehn waren schwer bewaffnet. Einzelheiten über die Entdeckung des Anschlags sind noch nicht bekannt. Es bleibt also abzuwarten, wie weit sich diese Meldung bestätigt.

Die Niederwerfung der spanischen Verschwörung. Dem „Temps“ wird aus Madrid gemeldet, daß die spanische Erhebung als niedergeworfen bezeichnet werden kann. Die spanische Zensur erlaubte die Uebersetzung von Meldungen, nach denen Generalhauptmann Wehler, ferner der republikanische Führer Marcel Dolingo und General Aguilera verhaftet und eingekerkert wurden. Ein Erlaß Primo de Riberas kündigt an, daß gegen die Verschwörer schwere Disziplinarstrafen verhängt werden sollen.

Das Fürstengesetz.

Großkampstag im Reichstag.

Berlin, 29. Juni.

Im Reichstag herrscht Hochspannung. Als Auftakt zu der heutigen zweiten Lesung des Fürstengesetzes haben gestern und heute noch Verhandlungen der Regierungsparteien mit den Deutschnationalen und Sozialdemokraten stattgefunden. Auch die einzelnen Fraktionen hielten noch besondere Sitzungen ab. Die Deutschnationalen hielten in der gestrigen Besprechung ihre Kritik an dem Gesetzentwurf aufrecht und brachten zum Ausdruck, daß sich diese Kritik durch das Ergebnis der Ausschlußverhandlungen, die eine wesentliche Verschlechterung des Entwurfs gebracht hätten, nur noch verstärkt habe. Die Tatsache, daß die beurlaubten und erkrankten Mitglieder der Fraktion zu der heutigen Sitzung telegraphisch herbeigerufen wurden, läßt auch nicht auf die Absicht schließen, durch „Abkommandierungen“ die erforderliche Mehrheit herbeizuführen. Das wäre freilich auch nur möglich, wenn die Sozialdemokratie für die Vorlage stimmte. Wie man aber bei Beginn der Sitzung hört, hat sich die sozialdemokratische Fraktion, die gestern und heute Sitzungen abhielt, ihre Entscheidung vorbehalten. Dieser Bescheid wurde auch den Regierungsparteien in der heutigen letzten Besprechung gegeben, die kurz nach 12 Uhr zu Ende war.

Die das Haus mit der Beratung des Fürstengesetzes beginnt, nimmt es noch in allen drei Lesungen das Uebereinkommen mit Oesterreich über die Durchführung der Sozialversicherung im zwischenstaatlichen Verkehr in allen drei Lesungen an. Dann berichtet Abg. Dr. Pfleger (Wayer. Vp.) über die Verhandlungen des Rechtsausschusses.

Der Präsident schlägt dann vor, von einer Generaldebatte abzusehen und so gleich in die Einzelberatung einzutreten. Die Generaldebatte soll erst bei der dritten Lesung stattfinden, nachdem man weiß, ob und was aus dem Gesetz in zweiter Beratung geworden ist. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte tritt das Haus in die Beratung des Par. I ein, der ein Reichsbergericht für die Vermögensauseinandersetzung zwischen den Ländern und den Fürstenthümern vorsieht. Es entscheidet in der Besetzung von neun Mitgliedern. Vier von den Mitgliedern müssen von ordentlichen Gerichten oder Verwaltungsgerichten sein.

Abg. Barth (Deutschn.) beantragt, daß vier von den Mitgliedern dem Reichsgericht, den Obersten Gerichten, Verwaltungsgerichten, dem Reichsgerichtshof oder dem Reichswirtschaftsgericht angehören müssen. Die vier anderen Mitglieder dürfen Parlamentarier oder Minister sein oder gewesen sein. Der Redner erklärt, die Deutschnationalen hätten stets ihre Bereitwilligkeit gezeigt, an der Vorlage mitzuarbeiten und den Konfliktstoff zu beseitigen, man habe aber die Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen nicht gewollt. Die Ausschlußverhandlungen hätten gezeigt, daß man den Gesetzentwurf mit den Sozialdemokraten machen wolle. Man habe den Entwurf sogar im Ausschluß weiter radikalisiert. Unter dem Druck der Strafe habe man wesentliche Grundzüge des Rechtsstaates preisgegeben. Das Privateigentum wurde der Willkür überliefert. (Lärm der Kommunisten. Abg. Höllein erhält einen Ordnungsruf.) Der Redner tritt für ein unabhängiges Sondergericht ein, das von politischen Einflüssen frei ist.

Neue Sorgen.

Man kann nicht ewig von „Fürstengeld“, Enteignungsschwindel und ähnlichen appetitlichen Dingen leben, zumal nach dem Ergebnis des 20. Juni das Ausgraben tatsächlich Hünenarbeit bedeutet. Das sehen allmählich sogar die Zeitungsschreiber der Linkspresse ein, und so haben sie sich schließlich ein neues Objekt für ihre Hege gesucht.

Am ersten August sollen die neuen Zölle auf landwirtschaftliche Produkte in Kraft treten. So hat im vorigen Jahre der auf Grund der Bestimmungen höchst weiser Gesetzgeber gewählte Reichstag als Beauftragter des souveränen Volkes beschlossen. Man müßte also annehmen, daß die Linksparteien als berufene Tempelhüter der heiligen parlamentarischen Demokratie alle Ehrfurcht vor Beschlüssen dieses Reichstags haben sollten. D. h.: Die Zollsätze treten zum 1. August in Kraft.

Dem ist aber nicht so. Mehrheitsbeschlüsse geben nur dann die Meinung des Volkes wider, wenn die Weimarer Futtertruppen G. m. b. H. in ihrer unfehlbaren Weisheit etwas beschlossen hat, etwa die schwarzrotgelbe Fahne oder dergleichen Säckelchen. Dann bedeutet Kritik an solchen Beschlüssen Tempelschändung.

Dringen dagegen die Rechtsparteien auf Ausführung von Reichstagsbeschlüssen, so geht sofort ein Geschrei los, als sei wieder einmal die Republik oder doch mindestens Scheidemanns Person bedeutend in Gefahr. Die demokratische Presse hat die Dreistigkeit, von „Zollpolitik auf Umwegen“, von einem „Kullissenpiel“ zu reden, und sie unterstellt den Parteien, die damals die Zollsätze angenommen haben, sie hätten an die Ausführung selbst nicht geglaubt, also die bei demokratischen Beschlüssen so beliebte Schaumfälscherei betrieben.

Nachdem so die Fürstengeld nichts mehr einbringt, erfolgt prompt wieder die Hege gegen das Land, gegen Bauernhändler. Dabei ist überaus interessant die törichte, von krassen Widersprüchen strotzende Art, mit der die Demokraten in ihren Kriegesgängen operieren. Zunächst beweisen sie, daß die Zollsätze weder bisher die Getreidepreise erhöht hätten, noch in Zukunft der Landwirtschaft etwas nützen würden. Daraus müßte nun doch jeder noch halbwegs vernünftige Mensch folgern, daß Zölle, die die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht erhöhen, auch die Lebensmittel nicht verteuern könnten. Es müßte also den Verbrauchern gleichgültig sein, ob die Zölle erhöht werden oder nicht. Der Vorwärts und Ulsteins und Moses hätten gar keinen Grund, sich aufzuregen. Die Agrarier wären eben Lören, die Dinge verlangen, die ihnen nichts nützen können.

Aber in eben derselben Spalte, in der erklärt wird, daß die Zölle der Landwirtschaft keine besseren Einnahmen gewähren, schreibt derselbe erleuchtete Geist mit seinem bequemen Gänsefuß, daß die Zollerhöhung für die arbeitende Bevölkerung untragbar sei, daß es sich hierbei um die wichtigsten Interessen der deutschen Volkswirte handle usw. und verleihe Ströme von Krokodilstränen über die unersättliche Gier der Agrarier.

Interessant an dem ganzen Gestrammel der Agrarhege ist uns vor allen Dingen die Feststellung: Wenn eine Mehrheit sich für die Wünsche der Linken bildet, so ist das heilige, unantastbare Demokratie. Will eine Mehrheit etwas, das den Demokraten aller Schattierungen nicht in den Kram paßt, so ist das Raub, einseitige Interessenpolitik, finstere Reaktion. Dann sind Reichstagsbeschlüsse dazu da, daß sie unter den Tisch fallen.

Reichsinnenminister Dr. Rülz erklärt, die Regierung stehe geschlossen hinter dem Gesetzentwurf, wie er jetzt dem Reichstag vorliegt. Die Unterstellung, daß der Entwurf unter dem Druck der Strafe entstanden sei, müsse er entschieden zurückweisen. Allerdings sei er zustande gekommen auf Grund der Bekundung des Volkswillens. Die Regelung einer solchen Frage bringe immer Kongressionen von beiden Seiten mit sich. Wer das Gesetz ablehne, nehme eine große Verantwortung auf sich.

Aus einem Nichtzustandekommen des Gesetzes werde die Regierung die Konsequenzen ziehen.

Es handele sich hier sowohl um eine Rechtsfrage wie um eine staatspolitische Frage. Darum müsse auch der Gerichtshof eine entsprechende Zusammensetzung aufweisen. Man dürfe sich nicht daran stoßen, daß Rechtsformen, an die wir gewöhnt sind, in dem Entwurf nicht eingehalten werden. Man müsse dabei bedenken, daß wir wohl ein bürgerliches Gesetzbuch haben, aber noch nie ein Gesetzbuch für Fürstentümer. Die Staatsumwälzung habe zweifellos die rechtliche Grundlage verschoben. Die Vorlage suche einen Ausgleich zwischen den staatspolitischen Notwendigkeiten und den Forderungen des Rechts. Das ganze deutsche Volk wünsche nichts aufrichtiger, als daß möglichst schnell und geräuschlos dieses unheilvolle Thema aus der politischen Debatte verschwinde.

Bekanntmachung.

Ergebnis der Elternbeiratswahlen.

Es sind gewählt:

I. Gymnasium und Oberrealschule.

1. Landgerichtsdirektor Dr. Schroeder
2. Obertelegrapheninspektor Holzlöhner
3. Brauereidirektor Niemer
4. Bezirksverwalter Burmeister
5. Sattlermeister Gerloff
6. Frau Oberamtsanwalt Rieck
7. Lehrer Pahl
8. Eisenbahnassistent Schwuchow, Stolpmünde
9. Oberpostsekretär Dobadka
10. Justizoberinspektor Klemm
11. Frau Oberstabsveterinär Breitenreiter
12. Kaufmann Seelig
13. Wurstfabrikant Oskar Schulz
14. Studienrat Neumann
15. Büroinspektor Laabs
16. Fabrikarzt Dr. Schuppis
17. Fabrikdirektor Graefler.

II. Realgymnastische Studienanstalt und Frauenschule mit Lyzeum.

1. Frau Stadtrat Eschenhagen
2. Lehrer Zühlke
3. Kaufmann Oettinger
4. Malermeister Schäfer
5. Frau Direktor Lumma
6. Frau Syndikus Sievers
7. Landgerichtsdirektor Kletschke
8. Frau Kapitän Darmer
9. Gärtnermeister Schüttbäcker
10. Frau Kaufmann Flanter
11. Frau Kaufmann Medger
12. Mittelschullehrer Goll.

III. a) Knaben-Mittelschule.

1. Frau Lokomotivführer Mielke
2. Frau Tapezier Genz
3. Schmied Rosin
4. Postkassierer a. D. Schoeps
5. Ackerbürger Niedermeyer
6. Kaufmann Gölzow
7. Steuerassistent Paulke
8. Eisenbahnkassierer Gill
9. Frau Ref. Lokomotivführer Komsthöft
10. Schmied Gurgel
11. Arbeiter Tuschp.

b) Mädchen-Mittelschule.

1. Obersteuersekretär Kruggel
2. Frau Eisenbahningenieur Klotz
3. Dorarbeiter Sawallisch
4. Frau Eisenbahnwagenmeister Buchthal
5. Frau Geschäftsreisender Neigel
6. Hausmeister Haase
7. Frau Schuhmachermeister Domke
8. Schuhmachermeister Greinke
9. Frau Feuerwehrmann Dillbrandt.

IV. 1. Gemeindegemeinschaft.

a) Christlich unpolitische Liste.

1. Stellmacher Krause
2. Invalide Arndt
3. Hotelbesitzer Lenk
4. Fleischermeister Oskar Schulz
5. Witwe Dillbrandt
6. Kirchendiener Ruch
7. Frau Schuhmachermeister Taube
8. Arbeiter Bergunde
9. Gelbgießermeister Nicolai
10. Kaufmann Salzhuber
11. Dentist Liebischer
12. Magistratsbeamter Zaddach
13. Bildhauer Kühn

b) Freie Schule.

1. Schneider Steffemann
2. Bahnarbeiter Dollase
3. Sädler
4. Arbeiter Domke
5. Angestellter Jeschkeit
6. Bahnarbeiter Tesmer
7. Arbeiter Baller
8. Maurer Hermann
9. Lagerarbeiter Lingstädt
10. Arbeiter Gill
11. Papenfuß.

V. 2. Gemeindegemeinschaft.

1. Frau Elsa Hoedtke
2. Fleischermeister Reister
3. Versicherungsagent Ortschaftka
4. Landschaftssyndikus v. Treuenfeld
5. Schuhmachermeister Birkenhagen
6. Frau Gertrud Zemke
7. Zimmermann Seils
8. Landgerichtsdirektor Dr. Schroeder
9. Schmied Scheil
10. Kaufmann Pommerening
11. Bäckermeister Schulz
12. Kaufmann Siegenthaler
13. Friseurmeister Kulsch
14. Frau Olga Waegeler
15. Ackerbürger Niedermeyer
16. Witwe Anna Pommerening
17. Fleischermeister Müller
18. Ackerbürger Kauz
19. Hausdiener Wenzlaff
20. Rentier Bartlikowski
21. Oberkellner Frohnert
22. Arbeiter Gill
23. Major v. Mitzlaff.

VI. 3. Gemeindegemeinschaft.

1. Schmied Lemm
2. Friseurmeister Hunzinger
3. Studienrat Peck
4. Frau Emmy George
5. Bürobote Münch

6. Frau Else Pfeiffer
7. Arbeiter Linse
8. Fabrikbesitzer Wunder
9. Frau Marie Zedlach
10. Töpfermeister Fliegert
11. Frau Else Wunder
12. Tischler Sielaff
13. Kaufmann Hasert
14. Chauffeur Niemuth
15. Frau Hanni Gurgel
16. Schlosser Domke
17. Frau Charlotte Heilgendorff
18. Witwe Luise Koch
19. Hausbesitzer Kollat
20. Frau Marie Albrecht
21. Bahnarbeiter Kuneske
22. Frau Frieda Lenz.

VII. 4. Gemeindegemeinschaft.

a) Christlich-unpolitische Liste.

1. Architekt Just
2. Tischler Winkel
3. Frau Minna Haase
4. Steuersekretär Wenzlaff
5. Tischler Spach
6. Frau Amalie Kolberg
7. Schlosser Kuschfeldt
8. Schmiedemeister Kuhse
9. Frau Auguste Seils
10. Bäckermeister Wehner

b) „Freie Schule.“

1. Geschäftsführer Bonnke
2. Gewerbe-Oberlehrer Bertau
3. Tischler Lenke
4. Drechsler Neigel
5. Frau Ida Küttner
6. Tischler Zimmermann.

VIII. Hilfsschule.

1. Zöllassistent Kopitke
2. Maurer Kap
3. Damenschneider Standtke
4. Frau Franziska Ramlow
5. Arbeiter Tobi.

IX. Katholische Schule.

1. Büroangestellter Roeder
2. Eisenbahn-Rangierer Klimper
3. Frau Anna Klose
4. Heizer Trinczek
5. Frau Hedwig Lenz.

Zu 1, 2, 3, 4, 6, 7, 9 und 10 war nur je 1 gültiger Wahlvorschlag eingereicht.

Stolp, den 27. Juni 1926.

Die Wahlvorstände der beteiligten Schulen.

Schulgelderhebung.

Die für den Monat Juli fälligen Schulgelder — Gymnasium, Oberlyzeum, Knaben- und Mädchenmittelschule — sind innerhalb der ersten 3 Tage des Monats an unsere Steuereinnahme zu zahlen.

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung tritt Mahnung und nötigenfalls Zwangsbeitreibung ein. Die nicht unerheblichen Mahn- und Pfändungsgebühren fallen den säumigen Zahlern zur Last.

Zur Entgegennahme der Schulgelder ist unsere Steuerkasse am 1., 2., 5. und 6. Juli auch nachmittags von 3—6 Uhr geöffnet.

Stolp, den 29. Juni 1926.

Der Magistrat.

Betr. Koksverkauf.

Der Kokspreis ist vorübergehend auf R.M. 1,30 f. d. Ztr. ab Hof Gasanstalt herabgesetzt.

Anfuhr R.M. 0,15 f. d. Ztr.

Städtische Werke Akt. Ges.

Sonnenschirme

zu jedem annehmbaren Preis

Regenschirme

in riesiger Auswahl — in schwarz und farbig — für Damen, Herren und Kinder zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

Spazierstöcke

in nie gesehener Auswahl — allerbilligst —

Reparaturen u. Bezüge schnell, billig und gut

Stolper Schirmfabrik u. Reparaturwerkstatt m. elektrischem Betrieb

Robert Hoffmann

Magazinstraße 9.

Wir verzinsen vom 1. Juli ab
Spareinlagen mit tägl. Kündigung mit 5%
" " 1 monat. " 6 1/2%
" " 3 " " 8%

Die Spareinlagen sind mündelsicher. Garantieverbände sind der Landkreis bzw. der Stadtkreis Stolp für die Sicherheit der Einlagen ist somit absolute Garantie geboten. Einlagen werden im Betrage von

— 1,00 R.-M. —

an angenommen.

Rassenstunden täglich vor- und nachmittags mit Ausnahme von Sonnabend nachmittag.

Stolp, den 25 Juni 1926.

Kreis-Spar-Kasse Stolp. Städtische Sparkasse Stolp.

Begräbnisverein „Deutscher Herold“

Wir erhielten im Bezirk Stolp die
5. Danfagung.

Sage hiermit dem Deutschen Begräbnis- u. Lebensversicherungverein a. B. „Deutscher Herold“ für die prompte Auszahlung des Sterbegeldes für meine am 21. 6. 26 verstorbene Mutter, Frau Berta Garbe geb. Krause meinen herzlichsten Dank. Ich kann den Verein „Deutscher Herold“, Geschäftsstelle Klose, Stolp, Al. Auckerstr. 3 p. l., nur jedermann empfehlen, der seiner Familie die Sorge um die in der heutigen Zeit so schwer aufzubringenden Bestattungskosten ersparen will. Stolp, Kirchplatz 4/5, den 22. Juni 1926.
Frau E. Prange.

Geschäftsstelle Clemens Klose,
Al. Auckerstr. 3, pt. l.

Die Generalversammlung der Angest.-Heimst.-Gen.

findet nicht am 2. Juli, sondern am

Dienstag, d. 6. Juli 1926

statt.

Stolp, den 30. Juni 1926.

Angestellten-Heimstätten-Gen.

e. G. m. b. H.

Der Vorstand

Genz

Schomburg.

Fourniere — Sperrplatten

bieten aus feben eingetroffener Sendung, preiswert an, in allen Sorten und Stärken wie:

Eiche — Gabun

Amerik. Nutzbaum — Whitewood

kanadische Birke — finnische Birke

Sapeli (Mahagoni)

Gebr. Brabandt

Holz- und Fournierhandlung.

Kontor Bahnhofstr. 8.

Schützengarten.

Heute Mittwoch, abends 8 Uhr

Großes

Streichkonzert

des

Orchester-

Bereins

1871

25 ausübende Mitglieder.

Dirigent: E. Scheunemann.

Gediegenes, volkstümliches

Programm. Eintritt à Per-

son 20 Pfg. Kinder 10 Pfg.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 2. Juli

d. Mts. werde ich in Bilge-

low um 8 1/2 Uhr Vorm.

7 fhmale und 4 Breite

Stühle, 1 Kaffe, 1 Tisch

u. ca. 7 1/2 Ztr. Kartoffeln

öffentlich meistbietend gegen

bar versteigern.

Stolp, den 30. Juni 1926.

Haseney,

Ober. Gerichtsvollzieher.